



Jan Senkyr ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei.

WAHLEN IN DER TÜRKEI – ERNEUTER TRIUMPH FÜR DIE AKP

Jan Senkyr

Zum dritten Mal in Folge sicherte sich die islamisch-konservative Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) einen überragenden Sieg bei den Parlamentswahlen in der Türkei, zum dritten Mal in Folge konnte sie dabei ihre Stimmenzahl deutlich erhöhen und zum dritten Mal verringerte sich trotz des besseren Wahlergebnisses im Endeffekt die Zahl ihrer Sitze im Parlament. Dieser scheinbare Widerspruch ist dem türkischen Wahlsystem geschuldet¹ und kann als ein Beispiel für die Komplexität der türkischen politischen Realität betrachtet werden.

Mit einem Rekordergebnis von 49,9 Prozent² der Wählerstimmen ging die AKP aus den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 als triumphierender Sieger hervor. Die seit 2002 regierende Partei hat es zum dritten Mal in Folge geschafft, die absolute Mehrheit zu erreichen und sich somit die Alleinregierung zu sichern. Ihr Vorsitzender, Premierminister Recep Tayyip Erdoğan, ist der mit Abstand populärste türkische Politiker. Es gibt für ihn zurzeit keinen ernst zu nehmenden Herausforderer, weder in der Opposition, noch in seiner eigenen Partei. Dies verleiht ihm einen breiten politischen Handlungsspielraum, birgt aber zugleich die Gefahr einer zu großen Machtkonzentration. Kritiker weisen auf den zunehmend autoritären Stil des Regierungschefs und seiner AKP hin und sehen die Pläne für eine Umgestaltung der Türkei in ein präsidial regiertes Land mit Skepsis.

- 1 | Hauptfaktoren sind die mit zehn Prozent sehr hohe Sperrklausel und die ungleichmäßige Mandatsverteilung auf die einzelnen Wahlkreise.
- 2 | Dieser Artikel wurde am 17. Juni 2011, vor der Veröffentlichung der amtlichen Endergebnisse, abgeschlossen.

Noch ist die AKP allerdings trotz absoluter Mehrheit der Wählerstimmen nicht bei einer absoluten Macht angekommen. Denn um im Rahmen einer Verfassungsänderung das politische System ändern zu können, bräuchte sie eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Davon ist sie mit ihren derzeit 326 Parlamentssitzen (von insgesamt 550) weit entfernt. Es reicht nicht einmal dafür aus, die neue Verfassung durch ein Referendum bestätigen zu lassen. Denn dafür müsste der Verfassungsentwurf zunächst mit mindestens 330 Stimmen im Parlament verabschiedet werden. Erst danach könnte der Staatspräsident über die Durchführung einer Volksabstimmung entscheiden.

Der vermeintlich triumphale Wahlsieg der AKP ist deshalb in Wirklichkeit nur ein Teilsieg. Denn die Sitzverteilung im Parlament zwingt die Regierungspartei, in allen verfassungsrelevanten Entscheidungen den Konsens mit der Opposition zu suchen. Es ist jedoch nicht ganz ausgeschlossen, dass die AKP ihre Ziele am Ende doch im Alleingang durchsetzen kann: Die Differenz von vier Stimmen (um ein Referendum abhalten zu können) ist nicht unüberwindbar, im Laufe der Legislaturperiode kann sich das Kräfteverhältnis ändern. Parteiübertritte von Abgeordneten sind in der Türkei nichts Ungewöhnliches. Auch vom Fraktionszwang abweichendes Abstimmen einzelner Parlamentarier ist nicht undenkbar.

Die Sitzverteilung im Parlament zwingt die Regierungspartei, in allen verfassungsrelevanten Entscheidungen den Konsens mit der Opposition zu suchen.

DIE WAHLERGEBNISSE

Nach vorläufigem Endergebnis³ erreichte die AKP 49,92 Prozent der Wählerstimmen und erhält dafür 326 Sitze in der Großen Nationalversammlung. Das Ergebnis kam nicht überraschend und entspricht in etwa den Wahlprognosen der Meinungsforschungsinstitute. Die AKP hat dabei ihr überragendes Wahlergebnis von 2007 (46,58 Prozent) um weitere drei Prozentpunkte übertreffen können, dennoch bekommt sie dafür im Vergleich weniger Mandate (2007: 341 Sitze). Bei ihrem ersten Wahlsieg 2002, als sie nur ein Jahr nach ihrer Gründung auf Anhieb 34,43 Prozent der Stimmen bekam, verfehlte sie mit 365 Sitzen nur knapp die Zweidrittelmehrheit.⁴

3 | Quelle: <http://cihan.com.tr/secim2011> [14.06.2011].

4 | 2002 schaffte neben der AKP nur noch die CHP mit 19,41 Prozent den Einzug ins Parlament.

Die größte Oppositionspartei, die säkular-kemalistische Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP) ist mit 25,94 Prozent deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Noch wenige Tage vor dem Urnengang sagten die meisten Meinungsumfragen der CHP um die 30 Prozent der Stimmen voraus. Zwar hat die CHP im Vergleich zu 2007 (20,87 Prozent) weitere fünf Prozent hinzugewonnen und mit 135 auch deutlich mehr Parlamentssitze erhalten (2007: 112 Sitze), dennoch wird sich eine parteiinterne Diskussion über die politische Zukunft des erst vor einem Jahr gewählten neuen Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten Kemal Kılıçdaroğlu wohl nicht vermeiden lassen. Die Kommentare in den türkischen Medien sind sich einig, dass der wegen seiner ruhigen Art und optischen Ähnlichkeit auch „Gandhi“ genannte Kılıçdaroğlu die CHP positiv verändert und im Wahlkampf eine gute Figur gemacht hat. Offensichtlich sind die Reformen und die politische Neuausrichtung der CHP aber noch nicht ausreichend, um die AKP ernsthaft herausfordern zu können.

Das Abschneiden der rechtsnationalen Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) war der größte Spannungsfaktor dieser Wahlen. Zum einen war der teilweise sehr nationalistisch geführte Wahlkampf von Tayyip Erdoğan ein Indiz dafür, dass die Anwerbung der national gesinnten Wähler ein wichtiger Teil der AKP-Wahlstrategie ist. Zum anderen erschütterte kurz vor den Wahlen ein Erpressungsskandal mit Sexvideos die MHP-Führung und damit den Ruf der Partei. Mit dem Ziel, den Rücktritt der MHP-Führung einschließlich ihres Parteivorsitzenden zu erzwingen, stellten Unbekannte mehrere kompromittierende Videoaufnahmen von MHP-Politikern bei außerehelichen Intimhandlungen ins Internet. Zehn Mitglieder der Parteiführung mussten ihre Ämter und Wahlkandidatur aufgeben und es drohte die Gefahr, dass die MHP an der für einen Parlamentseinzug erforderlichen Zehn-Prozent-Hürde scheitern könnte. Dann hätte die AKP eine reale Chance gehabt, eine Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus zu erreichen. Das Wahlergebnis von 12,99 Prozent für die MHP (53 Sitze) zeigt jedoch, dass der Skandal keinen oder nur einen sehr geringen Effekt auf die Wählerpräferenzen hatte. Manche

Das Wahlergebnis der MHP zeigt, dass der Erpressungsskandal mit Sexvideos kaum einen Effekt auf die Wählerpräferenzen hatte. Manche Beobachter glauben sogar, er hätte zu einem Solidarisierungseffekt geführt.

Beobachter glauben sogar, er hätte zu einem Solidarisierungseffekt im national gesinnten Lager geführt. Im Vergleich zu 2007 (14,27 Prozent, 70 Sitze) musste die MHP jedoch Verluste hinnehmen, was Forderungen nach einer Neubesetzung der Parteiführung um den Vorsitzenden Devlet Bahçeli zur Folge haben könnte.

Als vierte Kraft wird die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP) ins türkische Parlament einziehen, obwohl sie mit landesweit 6,6 Prozent deutlich unter der Zehn-Prozent-Grenze geblieben ist. Da sie in den kurdisch besiedelten Provinzen im Osten und Südosten des Landes aber teilweise über die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinen kann, wählte sie die Strategie der Unterstützung unabhängiger Kandidaten. Davon haben insgesamt 36 den Parlamentseinzug geschafft. Die BDP kann nun mit 36 Parlamentsmitgliedern eine starke Fraktion bilden (Mindestzahl für die Gründung einer Fraktion sind 20 Abgeordnete). Ihre Vorgängerpartei, die 2009 durch das Verfassungsgericht verbotene Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP), setzte bereits 2007 auf diese Strategie und erhielt 20 Sitze.

Die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie zieht ebenfalls ins türkische Parlament ein, obwohl sie mit landesweit 6,6 Prozent deutlich unter der Zehn-Prozent-Grenze geblieben ist.

Von den anderen politischen Parteien, die zu den Wahlen zugelassen waren, kam lediglich die islamistische Glückseligkeitspartei (Saadet Partisi, SD) über ein Prozent der Wählerstimmen. Der Rest erreichte nur Bruchteile von Stimmenprozenten und verbleibt politisch völlig unbedeutend. Insgesamt bewarben sich 15 Parteien und 203 unabhängige Kandidaten um die Parlamentsmandate. Trotz der außergewöhnlich hohen Sperrklausel von zehn Prozent liegt die „Repräsentativität“ des neuen Parlaments mit 81,6 Prozent relativ hoch.⁵ Gemeint ist damit der Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen, die durch ein Mandat im Parlament repräsentiert werden. Trotzdem ist unbestritten, dass die Zehn-Prozent-Hürde ein Demokratiedefizit im türkischen Wahlsystem ist.

5 | Vgl. „Turkish elections see highest voter turnout in years“, *Todays Zaman*, 14.06.2011.

Tabelle 1

Wahlergebnisse 2011

Partei	Gültige Stimmen	in %	Abgeordnete	Vergleich 2007
AKP	21.392.195	49,92	326	+ 3,36 %
CHP	11.116.396	25,94	135	+ 5,07 %
MHP	5.566.616	12,99	53	- 1,27 %
BDP	2.825.567	6,59	36	+ 1,36 %
Andere	1.953.588	4,56		

Quelle: <http://cihan.com.tr/secim2011> [14.06.2011].

Positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass sich der Frauenanteil im türkischen Parlament mit 78 weiblichen Abgeordneten⁶ deutlich erhöht hat. Der Anstieg ergibt statistisch 62 Prozent im Vergleich zu 2007, als 48 Frauen den Parlamentseinzug schafften. Insgesamt beträgt der Frauenanteil im türkischen Abgeordnetenhaus 14 Prozent, der europäische Durchschnitt in dieser Hinsicht liegt indes bei 24 Prozent (32 Prozent im Deutschen Bundestag). Türkische Frauenorganisationen zeigten sich erfreut über dieses Ergebnis, wengleich ihre Zielsetzung weit höher lag. Der Verein für Förderung von Frauen als Kandidatinnen KA-DER rief in einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne zur Besetzung von 278 Parlamentssitzen mit Frauen auf. Die höchste Zahl von Frauen entsendet die AKP mit 45 Abgeordneten, 19 Parlamentarierinnen kommen von der CHP, drei von der MHP und elf gewählte Frauen kandidierten als Unabhängige, unterstützt von der BDP. Die höchste Zahl von weiblichen Kandidatinnen hatte die CHP mit 109 aufgestellt (die AKP lediglich 78).⁷

Erstmals seit 50 Jahren wird wieder ein christlicher Abgeordneter im Parlament vertreten sein. Der Aramäer Erol Dora wurde in Mardin im Südosten der Türkei als unabhängiger Kandidat mit Unterstützung der BDP gewählt.

Ein Novum ist auch die Tatsache, dass erstmals seit 50 Jahren wieder ein christlicher Abgeordneter im türkischen Parlament vertreten sein wird. Der Aramäer Erol Dora wurde in Mardin im Südosten der Türkei als unabhängiger Kandidat mit Unterstützung der BDP gewählt. In Mardin lebt die größte syrisch-orthodoxe Gemeinde der Türkei.

6 | Laut vorläufigem Endergebnis.

7 | Vgl. „Number of female deputies sees 60 per cent increase“, *Todays Zaman*, 14.06.2011.

Lediglich 188 Mitglieder des alten Parlaments haben die Wiederwahl geschafft, was bedeutet, dass von 550 Abgeordneten 362 neu hinzukommen. Damit kann von einem Neuanfang im Parlament gesprochen werden.

Unter den neugewählten Parlamentsmitgliedern sind auch elf Abgeordnete, die sich wegen laufender Gerichtsverfahren in Haft befinden. Gegen zwei Abgeordnete, die von der CHP nominiert wurden, wird im Rahmen des „Ergenekon-Prozesses“⁸ ermittelt, ein für die MHP gewählter Ex-General ist der Teilnahme am „Sledgehammer-Komplot“⁹ beschuldigt und acht unabhängige Kandidaten, die von der BDP unterstützt wurden, werden der Mitgliedschaft in der KCK beschuldigt, einer kurdischen Dachorganisation, die mit der terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) liiert ist. Parlamentsabgeordnete genießen in der Türkei Immunität. Dies gilt allerdings nicht bei einer Anklage wegen „antistaatlicher“ oder „terroristischer Aktivitäten“. Die zuständigen Gerichte werden nun entscheiden müssen, ob die Abgeordneten freigelassen werden und somit ihr Mandat wahrnehmen können.

Internationale Wahlbeobachter haben den Ablauf der Wahl als friedlich und ordnungsgemäß bewertet. Bemängelt wurde die Wahlberichterstattung in den staatlichen Medien, die als zu regierungsnah empfunden worden ist.

Kleinere Parteien seien zum Teil überhaupt nicht berücksichtigt worden. Insgesamt waren mehr als 70 internationale Beobachter, darunter 61 Parlamentsabgeordnete aus 30 Ländern, im Rahmen von Delegationen der Parlamentarischen Versammlungen der OSZE und des Europarates (PACE) bei den Wahlen anwesend.

Die Wahlberichterstattung empfanden internationale Wahlbeobachter als zu regierungsnah. Kleinere Parteien seien zum Teil überhaupt nicht berücksichtigt worden.

Überraschend hoch war die Wahlbeteiligung. Fast 87 Prozent der über 51 Millionen wahlberechtigten Türken sind am 12. Juni zu den Urnen gegangen, die höchste Zahl seit

8 | In diesem Prozess wird gegen mutmaßliche Mitglieder einer ultranationalistischen Geheimorganisation mit der Bezeichnung „Ergenekon“ ermittelt, die angeblich für politische Morde, Terroranschläge und Umsturzpläne gegen die AKP-Regierung verantwortlich ist. Derzeit befinden sich etwa 300 Angeklagte in Haft.

9 | Mit „Sledgehammer“ wird eine Militärübung bezeichnet, die 2003 mit dem angeblichen Ziel eines Staatsstreichs durchgeführt wurde.

1987. Zum Vergleich: An den vorgezogenen Wahlen von 2007, die in einer politisch kritischen Zeit stattfanden und denen eine große Bedeutung beigemessen wurde, nahmen 84,5 Prozent der Wähler teil. **Sehr niedrig war die Wahlbeteiligung der sogenannten Auslandstürken. Dies lag daran, dass die Stimmabgabe nur an einem der 25 türkischen Grenzübergänge möglich war.** Sehr niedrig war indes die Wahlbeteiligung der sogenannten Auslandstürken: Von den über 2,4 Millionen wahlberechtigten türkischen Staatsbürgern, die im Ausland leben, haben nur etwa 121.000 ihre Stimme abgegeben. Dies lag daran, dass die Stimmabgabe nur an einem der 25 türkischen Grenzübergänge möglich war.

Die Entscheidung darüber wurde vom Hohen Wahlrat (Yüksek Seçim Kurulu Başkanlığı, YSK) im März 2011 getroffen. Die AKP-Regierung hatte sich dafür eingesetzt, dass Auslandstürken ihre Stimme an einer der türkischen Auslandsvertretungen (Botschaften, Generalkonsulate) in ihrem jeweiligen Gastland abgeben können. Ein bereits 2008 eingereichter Gesetzesentwurf zur Einführung einer Briefwahl bzw. einer elektronischen Abstimmung (per E-Mail) für Auslandstürken wurde vom Verfassungsgericht gestoppt. Die AKP beklagt, dass ihr dadurch möglicherweise eine erhebliche Stimmenzahl verlorengegangen ist, denn die im Ausland lebenden Türken werden mehrheitlich als konservativ eingeschätzt. Von den an den Grenzübergängen abgegebenen Stimmen sind 62 Prozent an die AKP gegangen.

Auch eine weitere Entscheidung des YSK ist auf Kritik gestoßen. Anfang des Jahres wurde die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Wahlkreise geändert. Mit Rücksicht auf die demographische Entwicklung – so die Begründung des YSK – wurde in 24 der insgesamt 85 Wahlkreise¹⁰ die Zahl der Parlamentssitze verringert, während dessen in 14 Wahlkreisen die Abgeordnetenzahl erhöht wurde. Die Mandaterhöhung betrifft vor allem Wahlkreise im Südosten und Osten der Türkei, wo die oppositionelle

10 | Als Wahlkreise werden in der Türkei die 81 Gouverneursprovinzen herangezogen. Damit jede Provinz im 550-köpfigen Parlament vertreten ist, wird jeweils ein Mandat pro Provinz zugeteilt. Die Gesamtbevölkerung wird dann durch die verbleibenden 469 Mandate dividiert, so erhält man die zu wählende Abgeordnetenzahl je Provinz. Bis zu 18 Abgeordneten entspricht der Wahlkreis der Provinzgrenze, ab 19 bis 35 Mandate wird die Provinz in zwei, ab 36 in drei Wahlkreise eingeteilt.

BDP stark ist. Dadurch sei die AKP benachteiligt worden, beklagen nun einige regierungsnahe Medien. Aus Regierungskreisen wurde bereits verlautbart, eine Reform des YSK in Bezug auf seine Kompetenzen und Personalzusammensetzung vorzubereiten.

URSACHEN UND FOLGEN DER WAHLERGEBNISSE

Obwohl der Wahlkampf manchmal mit rüden Methoden, persönlichen Diffamierungen und aggressiver Rhetorik in einer polarisierten politischen Atmosphäre geführt wurde, kann generell von einem demokratischen und pluralistischen Wettbewerb gesprochen werden. Die AKP nutzte alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen und führte – wie bereits in den vorangegangenen Wahlen – eine äußerst effiziente und professionelle Wahlkampagne. Sie verfügt über beträchtliche Finanzmittel (zum Teil aus regulären Staatszuschüssen, zum Teil aus Spenden) und ein erfahrenes Wahlkampfteam.

Die AKP nutzte alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen und führte eine effiziente und professionelle Wahlkampagne. Sie verfügt über beträchtliche Finanzmittel und ein erfahrenes Wahlkampfteam.

Ihren Wahlerfolg verdankt die AKP aber vor allem den unbestritten positiven Ergebnissen ihrer mittlerweile neunjährigen Regierungszeit. Als sie 2002 an die Macht kam, hatte die Türkei gerade eine der tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrisen in ihrer jüngeren Geschichte hinter sich gebracht. Seitdem befindet sich das Land auf wirtschaftlichem Erfolgskurs mit durchschnittlichen Wachstumsraten von sechs bis sieben Prozent, denen auch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 nicht viel anhaben konnte. Im vergangenen Jahr wuchs die türkische Wirtschaft wieder um knapp neun Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich in der Zwischenzeit verdreifacht, die Inflationsrate ist auf eine einstellige Prozentzahl geschrumpft und auch die Arbeitslosenrate liegt derzeit knapp unter zehn Prozent. Der Wirtschaftserfolg ist vor allem den marktwirtschaftlichen Reformen zu verdanken, die teilweise noch von der Vorgängerregierung eingeführt und der AKP in ihren ersten Regierungsjahren erfolgreich fortgeführt worden. Eine wichtige Rolle spielen in dieser Hinsicht auch die politische Stabilität und nicht zuletzt der Status der Türkei als EU-Betrittskandidat. Beides kann die AKP als ihren Erfolg verbuchen. Besonders geschätzt wird

jedoch von den AKP-Wählern die verbesserte staatliche Versorgung im sozialen und gesundheitlichen Bereich. Ebenso spielen die Verbesserungen im Schulwesen, im öffentlichen Verkehr und im Wohnsektor eine wichtige Rolle. Vor allem aber der umfangreiche staatlich geförderte soziale Wohnungsbau, der Hunderttausenden einen preiswerten Zugang zum Wohnungseigentum verschafft hat, brachte der AKP viele treue Wähler.

Nach den Wahlen gaben 47 Prozent der AKP-Wähler an, sie hätten wegen der Person Erdoğan für die Partei gestimmt. Bis zu einem gewissen Maß gilt diese Personenbezogenheit auch für die anderen Parteien.

Der zweite, nicht weniger wichtige Faktor ist Recep Tayyip Erdoğan selbst. In einer Umfrage der Agentur Ipsos¹¹ unmittelbar nach den Wahlen gaben 47 Prozent der AKP-Wähler an, sie hätten wegen der Person Erdoğan für die Partei gestimmt. Bis zu einem gewissen Maß gilt diese Personenbezogenheit übrigens auch für die anderen Parteien, 36 Prozent der CHP-Wähler stimmten für diese Partei wegen Kılıçdaroğlu und auch bei der MHP spielte die Person des Parteivorsitzenden eine Rolle. Unbestritten ist jedoch, dass Erdoğan der mit Abstand populärste türkische Politiker ist, der das Charisma eines Volkstribuns besitzt. Die Türken sind auf ihren Ministerpräsidenten stolz und fühlen sich durch ihn gut repräsentiert.

Keine Rolle bei der Wahlentscheidung spielten indes die mit großem medialen Aufwand präsentierten visionären Großbauprojekte, die Erdoğan im Vorfeld der Wahlen angekündigt hatte.¹² Der Bau eines zweiten Kanals zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer zur Entlastung des Bosphorus, die Errichtung einer dritten Bosphorusbrücke und der Bau zweier erdbebensicherer Stadteile in Istanbul haben auf die Wähler nur wenig Eindruck gemacht.

Als kontraproduktiv ist der nationalistische Ton mancher Wahlauftritte Erdoğan's zu bewerten. Sollte die dahinter vermutete Strategie gewesen sein, der MHP national gesinnte Wähler abzuwerben und die Partei damit unter die Zehn-Prozent-Hürde zu drücken, ist sie zweifellos gescheitert. Äußerungen des Premierministers, dass die AKP den PKK-Führer Abdullah Öcalan nach seiner Festnahme 1999 gehängt hätte, wenn sie schon damals in der Regierung

11 | Umfrage von Ipsos, vgl. „Stability, leaders main factors that influence Turkish voters“, *Today's Zaman*, 16.06.2011.

12 | Ebd.

gewesen wäre¹³, oder dass BDP-Wähler keine richtigen Muslime seien, haben der BDP im Endeffekt nur weitere kurdische Stimmen gebracht. Auch der Skandal um die Sexvideos von MHP-Politikern hat der MHP letztlich nicht wirklich geschadet. Die Frage nach den Hintermännern und Motiven der Affäre bleibt ungeklärt. Der MHP-Vorsitzende Bahçeli hat die AKP-nahe islamische Fetullah-Gülen-Gemeinde als Auftraggeber beschuldigt. Beweise dafür gibt es jedoch nicht.

Die CHP hat mit ihrem Spitzenkandidaten Kemal Kılıçdaroğlu bei diesen Wahlen wohl ihr derzeitiges Wählerpotential ausgeschöpft. Sie schaffte es immerhin, ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 2007 um fünf Prozentpunkte zu verbessern und mehr als drei Millionen Wähler hinzugewinnen. Dabei hatte sie eine schwierige Ausgangslage. Kılıçdaroğlu ist erst ein Jahr zuvor zum Parteivorsitzenden gewählt worden, als sein Vorgänger Deniz Baykal im Mai 2010 unerwartet stürzte – ebenfalls wegen eines Sexvideos. Erst nach dem Parteitag im Dezember 2010

konnte der neue CHP-Vorsitzende beginnen, seine Partei zu reformieren und politisch neu auszurichten. Unter Baykal war die CHP mit ihrem „Beton-Kemalismus“ zu einer Nischenpartei geworden. Für eine wirksame Änderung des Parteiprofils, um neue Wähler zu

Bemerkenswert positiv sind die Wahlauftritte Kılıçdaroğlus in den kurdischen Provinzen im Südosten verlaufen. Im Unterschied zu Erdoğan kam der CHP-Vorsitzende den Kurden mit einigen konstruktiven Angeboten entgegen.

erreichen, ist bis zu den Wahlen zu wenig Zeit verblieben. Bemerkenswert positiv sind die Wahlauftritte Kılıçdaroğlus in den kurdischen Provinzen im Südosten verlaufen, wo die CHP bisher praktisch keine Stimmen erhalten hatte. Im Unterschied zu Erdoğan kam der CHP-Vorsitzende den Kurden mit einigen konstruktiven Angeboten entgegen: So sprach er sich für einen kurdischen Sprachunterricht an den staatlichen Schulen und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung („Lokalautonomie“) aus. Interessanterweise ist die CHP vor allem bei Frauen beliebt, der Anteil der weiblichen Stimmen für die CHP lag bei 65 Prozent.¹⁴ Strukturell ist die türkische Bevölkerung derzeit jedoch in der Mehrheit religiös-konservativ, deshalb wird die säkulare CHP auf absehbare Zeit keine ernsthafte Herausforderung für die AKP sein können.

13 | Die MHP war damals Teil der Regierungskoalition, 2002 wurde die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft.

14 | Umfrage von Ipsos, Fn. 11.

Die BDP hat mit ihrer Unterstützung von unabhängigen Kandidaten die Zehn-Prozent-Hürde erfolgreich umgangen und mit 36 Abgeordneten ihre Präsenz im Parlament deutlich erhöht. Positiv war die Entscheidung, sich stärker von der Terrororganisation PKK zu distanzieren und Allianzen mit anderen kurdischen Parteien (KADEP, HAK-PAR) einzugehen. Schließlich war auch die Vielseitigkeit der Kandidatenauswahl von Vorteil, wie das Beispiel Mardin zeigt.

MEHR PARTEIÜBERGREIFENDER KONSENS ZUR LÖSUNG WICHTIGER PROBLEME GEFRAGT

Die AKP muss sich auf die Opposition zubewegen. Als wichtigste Aufgabe der neuen Regierung wird die Einführung einer neuen Verfassung gesehen.

Das Wahlergebnis bedeutet zum einen eine klare politische Bestätigung für Erdoğan und seine AKP. Zum anderen hat es eine Situation geschaffen, in der sich die AKP auf die

Opposition zubewegen muss. Als wichtigste Aufgabe der neuen Regierung wird die Einführung einer neuen Verfassung gesehen, und dies kann die AKP nach jetzigem Stand nicht mehr im Alleingang durchsetzen.

Noch in der Wahlnacht kündigte Erdoğan an, gemeinsam mit der Opposition und allen gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich Nichtregierungsorganisationen, an einer neuen Verfassung arbeiten zu wollen. Allerdings gab es ähnliche Ankündigungen bereits vor vier Jahren, als die AKP bei vorgezogenen Neuwahlen im Juli 2007 einen überragenden Sieg errungen hatte. Eine unabhängige Expertengruppe wurde damals mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs beauftragt, der dann allerdings schnell in den Schubladen der AKP-Gremien verschwand und nicht weiter zur Diskussion stand. Politische Beobachter sind sich einig: Eine neue zivile und demokratische Verfassung muss die jetzige Verfassung, die 1982 vom damaligen Militärregime eingeführt wurde, ersetzen, damit die Türkei demokratische Standards voll erfüllen kann.

In den türkischen Medien wurde darüber spekuliert, ob mit einer neuen Verfassung auch das politische System in der Türkei geändert werden könnte. Ministerpräsident Erdoğan hat sich mehrmals öffentlich für die Einführung eines Präsidialsystems nach dem Beispiel der USA stark gemacht. Ihm werden selbst Ambitionen auf die Präsidentschaft nachgesagt. Vorher muss jedoch die Länge der

Amtszeit des jetzigen Amtsinhabers Abdullah Gül geklärt werden. Gül wurde zwar 2007 vom Parlament für einmalig sieben Jahre zum Staatspräsidenten gewählt. Kurz darauf wurde jedoch die Verfassung geändert und eine Direktwahl des Präsidenten mit einer (zweimal) fünfjährigen Amtszeit eingeführt. Ob diese Regelung rückwirkend für Gül gilt, muss das Parlament entscheiden. Angesichts des Wahlergebnisses scheint es derzeit jedoch unwahrscheinlich, dass Erdoğan genügend Unterstützung für die Einführung eines Präsidialsystems finden wird. Präsident Gül hat sich jedenfalls bereits dagegen ausgesprochen.

Ein weiteres dringendes Problem, das die neue Regierung angehen muss, ist die Lösung oder zumindest die Entschärfung der Kurdenfrage. Die Lage in den kurdisch besiedelten Gebieten ist angespannt. Dies wurde zuletzt deutlich, als im April infolge des Wahlverbots für einige kurdische Kandidaten durch den Hohen Wahlrat in mehreren kurdischen Städten Unruhen und teilweise gewalttätige Demonstrationen ausbrachen. Die Lage beruhigte sich erst, nachdem der YSK seine Entscheidung revidierte. Darüber hinaus brechen trotz eines vorübergehenden Waffenstillstands immer wieder Kämpfe zwischen der terroristischen PKK und dem türkischen Militär aus. Die wichtigsten Forderungen der Kurden sind eine Neudefinierung der türkischen Staatsbürgerschaft unter Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit in der Verfassung, die Zulassung des Schulunterrichts in kurdischer Sprache, politische Mitbestimmung und eine lokale Autonomie in den kurdischen Siedlungsgebieten. Um dies zu erfüllen, müsste die Verfassung neu geschrieben werden. Dies kann nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens geschehen und schon allein deshalb muss sich die AKP mit der Opposition und den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen verständigen.

Um die wichtigsten Forderungen der Kurden zu erfüllen, müsste die Verfassung neu geschrieben werden. Dies kann nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens geschehen.

Einen ersten vorsichtigen Schritt zur Lösung des Kurdenproblems unternahm die AKP-Regierung bereits Ende 2009, als sie die Initiative der „demokratischen (ursprünglich: kurdischen) Öffnung“ lancierte. Es wurden einige Erleichterungen beim kurdischen Sprachunterricht, die Einrichtung eines kurdischsprachigen Senders im staatlichen Fernsehen und Radio, die Wiedezulassung kurdischer

Ortsnamen etc. eingeführt. Nach relativ kurzer Zeit ist die Initiative jedoch ins Stocken geraten. Die Voraussetzungen für einen parteiübergreifenden Konsens sind derzeit nicht schlecht, da die CHP ihre frühere Blockadehaltung aufgegeben und Dialogbereitschaft signalisiert hat.

Es gibt eine Reihe weiterer dringender Aufgaben, für deren Lösung ein politischer Konsens wichtig ist. Dazu gehört die Lösung der Zypernfrage, die Normalisierung der Beziehungen zu Armenien, die Verbesserung in den Bereichen Presse- und Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte, Frauenrechte, Religionsfreiheit und nicht zuletzt die Fortsetzung der Reformen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses.

Das neue Parlament wird bis Ende Juni konstituiert, danach kann Erdoğan seine Regierung bilden. Bereits vor den Wahlen hatte er angekündigt, sein Kabinett von 27 auf 24 Ministerien straffen zu wollen, dafür soll zusätzlich ein neues Amt des Stellvertretenden Ministers eingeführt werden. Unter den neuen Ministerien soll auch ein Ministerium für die Angelegenheiten der Europäischen Union sein. Ob dies jedoch als Signal für eine Wiederbelebung der stagnierenden Beitrittsverhandlungen zu deuten ist, bleibt abzuwarten.

In den vergangenen zwölf Monaten unter belgischer und ungarischer EU-Ratspräsidentschaft ist kein einziges neues Verhandlungskapitel eröffnet worden. Lediglich 13 der 35 Kapitel des EU-Regelwerks wurden bislang eröffnet, ein Kapitel (Wissenschaft und Forschung) wurde provisorisch abgeschlossen. Es bedarf eines klaren politischen Willens und konkreter Reformanstrengungen seitens der neuen türkischen Regierung, um einen möglichen Kollaps der Beitrittsverhandlungen zu verhindern.

Für Deutschland und Europa bedeutet das Wahlergebnis, dass sie in den nächsten vier Jahren in Ankara einen bekannten und politisch berechenbaren Verhandlungs- und Gesprächspartner haben werden. Außenpolitisch wird die Türkei als selbstbewusste Mittelmacht auftreten und sich als Vermittler in den regionalen Konflikten anbieten. Ihr Einfluss in der Region ist nach den Umbruchprozessen in Nordafrika Nahost deutlich gestiegen.